

Nr. 348.08 / 29.09.2008

Nicht alle wollen sich zur Schau stellen

Zum Foto-Projekt des Internet-Konzerns Google erklärt die parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heibold**:

Wir unterstützen die Gemeinden in ihrem Widerstand gegen die systematische Erfassung und umfassende Darstellung von Straßen, Häusern und Personen im 3- D-Projekt „Street view“. Google muss die Privatsphäre der Menschen respektieren und die augenblicklich durchgeführte Datenerhebung in Schleswig-Holstein sofort stoppen.

Gegen das Fotografieren öffentlicher Gebäude oder Sehenswürdigkeiten und ihrer Darstellung im Internet ist nichts einzuwenden. Aber das digitale allumfassende Einscannen von privaten Gebäuden und Grundstücken wirft genauso schwerwiegende datenschutzrechtliche Fragen auf, wie das Erfassen aller zur Zeit der Aufnahme im öffentlichen Raum befindlichen Personen und Fahrzeuge, selbst wenn Nummernschilder und Gesichter unkenntlich gemacht werden.

Nicht alle BürgerInnen wollen sich zur Schau stellen - wie beispielsweise Guido Westerwelle im Big-Brother Container. Das Recht auf Privatsphäre wird missachtet, wenn im Internet sogar die Farbe der Gardine und die Gartenmöbel auf der Terrasse zu sehen und mittels erkennbarer Hausnummern und ähnlichem exakt zuzuordnen sind. George Orwell lässt grüßen.

Wie auch die SPD-Fraktion erwarten wir von der Landesregierung, dass sie im Land und im Bundesrat alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um diese systematische Erfassung zu verhindern.
